

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und Handels-Zeitung

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Weitzel jährlich 120 M. (Postgebühren 10 M.) monatlich 10 M., vierteljährlich 27 M., halbjährlich 52 M., jährlich 100 M. (für Weitzel monatlich 11 M., vierteljährlich 30 M., halbjährlich 57 M., jährlich 108 M.)

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Handels- und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Kammergerichts Leipzig, sowie verschiedene andere Bekanntmachungen.

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Weitzel die erste Zeile 1.20 M., die zweite 1.00 M., die dritte 0.80 M., die vierte 0.60 M., die fünfte 0.50 M., die sechste 0.40 M., die siebente 0.30 M., die achte 0.20 M., die neunte 0.15 M., die zehnte 0.10 M. (für Weitzel die erste Zeile 1.50 M., die zweite 1.20 M., die dritte 1.00 M., die vierte 0.80 M., die fünfte 0.60 M., die sechste 0.50 M., die siebente 0.40 M., die achte 0.30 M., die neunte 0.20 M., die zehnte 0.15 M.)

Nr. 304

Mittwoch, den 29. Juni

1921

Landwirtschaftlicher Familienbetrieb

Von der groß-sozialen Rechenmaschine: „so und so viel Stunden Arbeit, so und so viel Stunden Lohn“, haben sich die meisten Praktiker der Sozialdemokratie allmählich frei gemacht; sie behaupten freilich noch immer, daß sie an dem theoretischen Ideal unentwegt festhalten, aber wenn sie von praktischen Aufgaben sprechen, tun sie doch, was für die Menschen nützlich ist, und bergen das Ideal einstweilen im freien Busen. Diejenigen Sozialisten, die sich mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen, begehen jetzt sogar die Fehler, an der strikten Durchführung des Achtstundentages zu zweifeln, wie denn überhaupt Ackerbau und Viehzucht die beiden großen Klippen geworden sind, an denen alle marxistischen Theorien zum Scheitern kamen. Man ist sich als reiner Stadtmensch wohl niemals klar geworden, daß der maschinelle Produktionsprozeß der Industrie in keiner Weise mit dem biologischen Produktionsprozeß in der Landwirtschaft verglichen werden kann. Wenn eine Lokomotive gebaut werden soll, dann kann man die Sache bis in die kleinsten Einzelheiten berechnen; wenn aber das Kalb von der Kuh fallen soll, dann weiß man niemals genau, wie, wann und ob überhaupt die Sache zustande kommen wird. Den Saatroggen kann man in den wohlvorbereiteten Boden bringen, aber was herauskommt, weiß man erst, wenn man das Korn zum Mäher gebracht hat.

So verschieden die beiden Produktionsprozesse sind, so verschieden muß naturgemäß auch die Stellung sein, die der Mensch in ihnen einnimmt, so verschieden auch schließlich der Entwicklungsengang auf beiden Produktionsgebieten. In der Industrie Zusammenballung, Konzentration und ein immer stärker werdendes Arbeitsrecht, in der Landwirtschaft Aufstellung, Dezentralisation und Verdrängung des Arbeitsverhältnisses durch Selbstwirtschaft, stellenweise bis zur Wiederherstellung des reinen Familienbetriebes. Wer sich daran erinnert, wie der Familienbetrieb in der Industrie, die Hausweberei, die Klopffabrik usw. geradezu als ein System der elendesten Versklavung geschilbert wurde, und zum Teil mit Recht, der wird vielleicht der Wendung zum Familienbetrieb in der Landwirtschaft mit großem Mißtrauen gegenüberstehen, aber dieses sehr mit Unrecht, denn in der Landwirtschaft bedeutet der Familienbetrieb geradezu eine Emanzipation, wenigstens für jeden tüchtigen Menschen, der in seinen eigenen Schuhen stehen will.

Diese Entwicklung ist kein Ergebnis der Revolution, sondern schon seit mehr als vier Jahrzehnten langsam in Gang gekommen. Den Anstoß dazu gab einerseits die Leutenot. Großbauern und Rittergutsbesitzer bekamen es schließlich satt, den Leutenormiern ein Goldstück nach dem andern in die Hand zu drücken, damit sie ihnen (schon um Martini Knechte und Rüge befragen, die zu Beginn der eigentlichen Arbeitszeit wieder weglaufen.“ So schrieb schon vor etwa 20 Jahren der sozialdemokratische Landwirt und Nationalökonom Arthur Schulz. — Auf der anderen Seite tat der Landhunger gerade der besten landarbeitenden Kräfte seine Wirkung. Immer mehr machte es sich bemerkbar, daß die Auslegung von sogenannten Arbeiterstellen auf keine Gegendiebstahl. Die Leute wollen nicht dauernd für Lohn arbeiten oder wenigstens nicht vorzugsweise für Lohn, sondern sie richten sich von vornherein darauf ein, eine kleine Wirtschaft, die je nach dem Erfolg vergrößert werden kann, in die Hand zu bekommen, sei es ein Rentengut, sei es ein durch gewerbmäßige Parzellierung hergestelltes Anwesen oder sei es eins, das der Gutsbesitzer ihnen durch Verkauf abläßt. Um zu diesem Ziele zu gelangen, sparen sie mit eiserner Härte gegen sich selbst das Menschenmögliche zusammen, aber dann kommen sie auch meistens zu ihrem Ziele. Die Rentabilität dieser Kleinwirtschaften beruht teils auf den fortgeschrittenen Methoden der Bodenbearbeitung, teils auf der Viehwirtschaft, zum größeren Teile aber auf der Mitarbeit der ganzen Familie, durch die eine auf keine andere Weise erreichbare Intensität erreicht wird. Wie erstaunlich diese Familienarbeit wirkt, davon nur einige Beispiele:

Auf einem Areal, das in den 70er Jahren nur 2½–3 Zentner Roggen und höchstens 30 Zentner Kartoffeln vom Morgen brachte, erzielten die ehemaligen Tagelöhner 1905 vom Morgen 7–8 Zentner Roggen und 80–100 Zentner Kartoffeln. Natürlich hob sich auch der Milchtrag, die Kalbermast und die Schweinezucht. Ein Anflieger auf 15 Morgen Land konnte 1905 schon 10 Stück Ferkel von 2–2½ Zentner verkaufen. Das Charakteristische all dieser Familienwirtschaften ist die starke Viehhaltung, so in Mecklenburg auf einer Frühmorgenswirtschaft 2 Rüge und 8 Schweine usw.

Die Entwicklungstendenz der Familienwirtschaften hat ihre Grenzen in der Leistungsfähigkeit der Familie. Die Kleinwirte wollen sich nicht weiter ausdehnen, als es die Familie erlaubt. Sind sie selbst noch jung, dann helfen die Eltern mit, die auf der Wirtschaft wohnen, in späteren Jahren lassen die Kinder mit an, und schließlich am meisten dasjenige, das die Wirtschaft mal übernehmen soll, während die andern Kinder in derselben Weise ausgebildet werden, wie die Ältesten sich selbst gesehen haben. Niemals will man auf fremde Leute angewiesen sein, denn „wer allein arbeitet, kommt vorwärts, wer mit fremden Leuten arbeitet, geht vor die Hunde“. — An diesen Satz glauben die Leute wie an ein Evangelium. Durch das Vordringen der Familienbetriebe haben gewisse Landestteile in Ostpreußen in wenigen Jahrzehnten ein ganz anderes Gesicht bekommen; dabei stehen wir immer noch im Anfang der

Entwicklung, die zwar durchaus privatwirtschaftlich, aber in gewissem Sinne antikapitalistisch ist, denn die Arbeit überwiegt an Bedeutung das Kapital. Da wir jetzt mehr als je auf die Ansetzung kleiner Wirte hingewiesen werden, verdient gerade die Familienwirtschaft eine besondere Förderung, denn sie ist neben ihrem wirtschaftlichen Wert auch politisch und moralisch von hohem Wert, indem sie in unsere wirren und lockeren Verhältnisse wieder ein Stück Tradition bringt. Familien-

geist und Schaffkraft, ein Stück Arbeitspatriotismus, das gemütlich und sozial auf geordneten Bestand und Fortgang der Dinge zu halten allen Grund hat. Die agrarmarkistische Theorie wird dann wieder mal trübselig dreinschauen müssen, wie ihr die Felle fortzuschwimmen, aber die gut demokratische und soziale Praxis löst sich dadurch nicht beirren, denn was allen und jedem einzelnen nützt, muß man tun, gleichviel welches Dogma dabei in die Brüche geht. A. B.

Terror der Polen bei der Räumung Oberschlesiens

In Gleiwitz und Beuthen Zusammenstöße — Polnische Propaganda gegen die Räumung

Berlin, 28. Juni.
Im „Tageblatt“ stellt der deutsche Plebiszitkommissar Urbaneck fest, daß das oberschlesische Räumungsabkommen durch polnische Angriffe auf den Bahnhof Gleiwitz und Beuthen von den Polen bereits getrocknet worden sei, und verlangt, daß die interalliierte Kommission diesen Treubruch sühnt.

Ratibor, 28. Juni.
Die Polenführer halten in den Dörfern Versammlungen ab und erklären, im Falle einer ungünstigen Entscheidung würden sie den Kampf gegen Deutschland aufs neue beginnen. Aus Ratiborhammer treffen Flüchtlinge ein, denen in den letzten Tagen polnische Stellungsbefehle zugestellt worden waren. Die deutsche Bevölkerung trahst der Ober befindet sich in großer Besorgnis vor den kommenden Ereignissen. Zahlreiche Personen karren das Nötigste ein.

Berlin, 28. Juni.
Mit dem Vormarsch der Polen steht nochmals fast überall ein unerhöhter Terror ein. Die Banden requirieren, erpressen, schlehen und stehlen. In Gleiwitz und Beuthen ist es zu heftigen Zusammenstößen zwischen bewaffneten Insurgenten und der deutschen Bevölkerung gekommen, die sich ihrerseits nur mit Notwehr wehren konnte. In Beuthen entzündeten die Zusammenstöße dadurch, daß die Insurgenten wieder verhafteten, von Rosenberg aus in die Stadt einzubringen, wahrscheinlich, um vor dem Rückzug noch einmal die Veränderungen im Ordo auszuführen. Auch der Bürgerkrieg von Gleiwitz ist die Entzündung, die allgemein die oberschlesisch-deutsche Bevölkerung nach dem „Eingreifen“ der Engländer erlebt hat, nicht erspart geblieben. Die Engländer verließen, kann angenommen, die Stadt wieder, um westlich von Gleiwitz eine Stellung zu beziehen. In der Nacht halte die Stadt von den Gewehrschüssen der räuberischen Insurgenten wider. In kurzer Zeit besetzten die Insurgenten die Wagenwerkstatt der Eisenbahn wieder. In dem Werk haben die Insurgenten wie die Räuberbanden gehandelt; sie haben die Einrichtungen zum Teil zerstört und die Waren geplündert.

Hege gegen die Deutschen in Polen

Posen, 28. Juni.
Wenn es wirklich zur völligen Liquidierung des oberschlesischen Zustandes kommen sollte, ist hier mit ersten Unruhen gegen die Warschauer Regierung zu rechnen. Die regierungsfremde, unter dem Einflusse Adam Demowickis und des Bischofs Adamst stehende Agitation der radikalen Nationaldemokraten gewinnt immer mehr, besonders unter den Truppen, an Umfang. Das Ministerium für die ehemals preussischen Teilgebiete soll ebenso wie der Kommandeur der Posener Truppen, General von Kalschewski, zum Rücktritt gezwungen und erneut durch eine Regierung Sedza und ein Oberkommando Dombor-Rusnicki ersetzt werden. Abordnungen großpolnischer Regimenter sind nach Warschau unterwegs, um beim Kriegsministerium Protest gegen die widerstandlose Räumung des oberschlesischen Aufbruchgebietes durch die Polen zu erheben und die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus den großpolnischen Gebieten zu verlangen.

Katastrophaler Zusammenbruch der Oberschiffahrt

Breslau, 28. Juni.
In einer von der Schlesiens Schiffahrt an die J. K. gerichteten Eingabe wird gesagt:
1300 Fahrzeuge, darunter tausend von Kleinschiffen, deren einziges Vermögensstück in ihrem Rahne besteht, sind in ihrer Bewegung- und Erwerbsmöglichkeit vollständig lahmgelegt. Ein Teil davon der im eigentlichen Besatzungsgebiet festgehalten wird, ist zum Teil zerstört, zum Teil havariert. Einige Rähne sind gesunken, sehr viele sind ausgeplündert worden. Als der legitime Vertreter der Groß- und Kleinschiffahrt auf der Ober wendet sich der Schiffahrtbetriebsverband für die Ober an die Kommission und die hinter ihre stehenden Regierungen und meidet die gesamten bereits entstandenen und noch entstehenden Schäden zum Erfolg an.

Der Fall Jagow vor dem Reichstag

Erklärungen des Reichsjustizministers Schiffer

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 28. Juni.
Am Regierungstisch: Kommissare.
Präsident Loeb eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Kleine Anfragen

Abg. Sepp (Soz.) beklagt sich über die mehrfache Beschlagnahme der Schlesiens Arbeiterzeitung. Am 2. Mai sei sogar dem Druckereibesitzer und dem technischen Personal Verfolgung wegen Beihilfe zum Hochverrat angedroht worden. Das Justizministerium läßt erwidern, der Staatsanwalt in Breslau sei der richtigen Auffassung, daß die Haltung der Herausgeber einer periodischen Druckschrift nicht strafrechtliche Verfolgung der anderen bei der Herstellung beschäftigter Personen ausschliesse. Im übrigen handle es sich nicht um eine Drohung, sondern um eine Warnung.

Abg. Mann (Dnat.) fordert ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien bei Wohnsiedlungen. Von der Regierung wird erwidert, daß es in Berlin 47 000 Wohnungen gibt, die nur aus einem Räume bestehen. Davon wären 30 nur von einer Person bewohnt, 7000 nur von zwei Personen. Es ist nicht richtig, daß Hunderttausende von Familien auf je einen Raum beschränkt sind. Wohnungsmangel habe schon vor dem Kriege bestanden. Bei Flachbauten sollen kinderreiche Familien besonders berücksichtigt werden. Die Forderung des Wohn- und Siedlungswesens sei im übrigen Sache der Länder. Bei der neuen Lohnsteuer wird auf kinderreiche Familien besonders Rücksicht genommen werden, ebenso bei Tarifen und Besoldungsordnungen.

Zur Durchführung der Wegnabigungsentscheidung des Reichstages (Anfrage Hoffmann, Rom.) hat sich das Justizministerium mit den Ländern in Verbindung gesetzt. Die mit der Vorbereitung von Gnadenföhen betrauten Stellen nehmen die Nachprüfung der Urteile vor. Eine selbständige Nachprüfung erfolgt noch durch das Reichsjustizministerium. Vertrauensmänner von Arbeiterorganisationen werden nicht zugezogen.

Auf die Forderung des **Abg. Marx (Dnat.)**, daß die Finanzämter in Östpreußen besondere Rücksichten nehmen möchten, wird erwidert, daß in Östpreußen vor der Veranlagung zum Reichsnotopfer Sachverständige gehört wurden, die Durchsichtskörper aufstellten. Die vorläufigen Veranlagungen werden nachgeprüft. Die Landesfinanzämter sind angewiesen, auf Gleichmäßigkeit in ihren Bezirken hinzuwirken.

Abg. Schall-Fromberg (Dnat.) führt Beschwerde über das Vorgehen der polnischen Regierung gegenüber den deutschen Domänenpächtern in den ehemaligen Provinzen Polen und Westpreußen. Das Pachterverhältnis ist zum 1. Juli dieses Jahres gekündigt worden. Die Pächter sind vor Ablauf der Pachtzeit vertrieben worden.

Ministerialdirektor Verend erklärt, daß auf diese Weise 170 Domänenpächter, deren Verträge zum Teil noch 10 Jahre laufen, vertrieben wurden. Die deutsche Regierung hat Einspruch erhoben. Die Domänenfrage soll unter Mitwirkung eines Vertreters der Pächterkonferenz erledigt werden. Die Posener Teilregierung scheint aber fest entschlossen, die Pächter am 1. Juli mit Gewalt auszutreiben. Die Anwendung von Repressalien gegen in Deutschland lebende polnische Grundbesitzer ist durch die Verfassung ausgeschlossen.

Abg. Schall-Fromberg (Dnat.) bedenkt die deutsche Regierung auch in Zukunft alle polnischen Gewaltmaßnahmen hinzunehmen, ohne Gleiches mit Gleichem zu vergelten?

Ministerialdirektor Verend: Die Reichsregierung wird, soweit es in ihrer Macht steht, Repressalien anwenden.

Die Vorlage über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht wird angenommen mit der Maßnahme, daß das Gesetz am 1. Januar außer Kraft treten soll.

Nachträge zum Reichshaushalt

Beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern fordert **Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.)** die Abschaffung des Ausnahmestandes und der Sondergerichte. Der Justizminister Schiffer habe erklärt, der Haftbefehl gegen Herrn von Jagow sei auf Grund eines örtlichen Urteiles aufgehoben worden. Jetzt erklärt Herr von Jagow, daß er keinen Tag krank gewesen sei. (Stuhl hört links.) Das ist eine grobe Verhöhnung der Justiz.

Reichsminister des Innern Dr. Grafenauer:

Herr Rosenfeld hat aber meine Ausführungen gesprochen, die ich gestern im Haushaltsausschuß gemacht haben soll. Der Bericht der „Freiheit“ über die Sitzung ist das Muster einer unverschämten Verleumdung. (Stuhl hört!) Ich soll erklärt haben, vorläufig solle der Ausnahmestand in Bayern bestehen. (Abg. Dr. Rosenfeld: Das haben Sie auch gesagt!) Dann haben Sie mich nicht aufmerk-